

# E-3

**Titel** Internationales Selbstverständnis der Jusos

**AntragstellerInnen** Freiburg

**Zur Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Internationales Selbstverständnis der Jusos

- 1 Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Welt
- 2 *Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen.* Die Debatte um die Rolle der Bundesrepublik
- 3 Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft wird seit einigen Jahren mit besonderer Intensität
- 4 geführt. Der Ursprung der aktuellen Diskussion ist dabei zu großen Teilen auf der Münchner Sicherheitskon-
- 5 ferenz von 2015 zu verorten, als innerhalb weniger Tage mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident
- 6 Joachim Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier drei maßgebende Persönlichkeiten der deutschen
- 7 Außenpolitik in leichter Abwandlung den Gedanken formulierten: Die BRD muss mehr Verantwortung in der
- 8 Welt übernehmen.
- 9 Bis heute beschäftigt dieser Gedanke Bundespolitik und Zivilgesellschaft gleichermaßen. War der Verantwor-
- 10 tungsgedanke 2015 zu Beginn stark von dem Eindruck geprägt, die Welt sei „aus den Fugen geraten“ (Zitat
- 11 Frank-Walter Steinmeier auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2015) und werde von einer zuneh-
- 12 mend großen Zahl an Krisenherden erschüttert, verstärkt sich in diesen Tagen die Wahrnehmung, dass für
- 13 sicher befundene Strukturen der internationalen Ordnung bröckeln und Partner ihre Prioritäten verschieben
- 14 oder ihr Engagement einschränken. Werte und Normen der internationalen Ordnung wie etwa grundlegen-
- 15 de Menschenrechte, die als weit verbreitet und nahezu selbstverständlich galten, scheinen plötzlich zusehens
- 16 in Gefahr. Trotz berechtigter Bedenken und Einwände gegenüber Rüstung, Bewaffnung und dem Einsatz der
- 17 Bundeswehr scheint damit auch im Jahr 2017 der Grundkonsens der Debatte festzustehen: Die BRD muss
- 18 mehr Verantwortung in der Welt übernehmen.
- 19 Doch wie ist dieser Gedanke von einem Mehr an Verantwortung für uns Jungsozialist\*innen zu verstehen?
- 20 Wie müssen internationale Verantwortung und Solidarität aus Sicht der Jusos gedacht werden? Was muss die
- 21 Bundesrepublik tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?
- 22 Zum einen muss sich die Bundesrepublik Deutschland klar und deutlich zum Multilateralismus bekennen und
- 23 ihr Engagement in internationalen Organisationen spürbar stärken. Multilaterale Zusammenarbeit ist der bi-
- 24 lateral Zusammenarbeit vorzuziehen, da dabei mehr Staaten miteinbezogen werden. In einer Welt der Glo-
- 25 balisierung und der immer weiter zunehmenden wirtschaftlichen aber auch kulturellen und politischen Ab-
- 26 hängigkeiten kann kein Staat alleine wirkungsvoll auf internationale Probleme einwirken, geschweige denn
- 27 diese lösen. Dies gilt auch für die BRD, die wie kaum ein zweites Land auf eine von Respekt und Ordnung
- 28 geregelte internationale Ordnung baut. An erster Stelle muss daher ein starker und überzeugter Einsatz in
- 29 und für die Vereinten Nationen stehen, die bei aller Unvollkommenheit in ihrer Rolle als internationale Orga-
- 30 nisation einzigartig bleiben. Dazu gehört neben der Selbstverständlichkeit, Mitgliedsbeiträge fristgerecht und
- 31 in voller Höhe zur Verfügung zu stellen, auch die aktive Mitgestaltung des Erneuerungsprozesses und des in-
- 32 ternen Wandels der Vereinten Nationen, die in der Zukunft unausweichlich sein werden. Darüber hinaus gilt
- 33 es gleichermaßen bedeutende Organisationen wie die OSZE oder NATO sowie internationale Gerichtshöfe zu
- 34 stärken sowie letztere vollkommen anzuerkennen und zu legitimieren. Die BRD muss diesbezüglich ihre Ver-
- 35 antwortung gegenüber anderen Staaten wahrnehmen und stets im Austausch und in Kooperation mit der
- 36 internationalen Staatengemeinschaft agieren.

37 Zum anderen müssen Menschenrechte und internationale Solidarität deutlich erkennbar die Maxime deut-  
38 scher Außenpolitik sein. Grundlegende Menschenrechte sowie Vorstellungen menschlicher Würde sind weder  
39 ein rein europäischer Kulturexport noch können sie durch vorgehaltene kulturelle oder religiöse Gepflogenhei-  
40 ten einzelner Kulturkreise relativiert werden. Viel mehr sind in nahezu allen Kulturen unabhängig voneinander  
41 entstanden. Außerdem sind sie der Grundkonsens auf den sich die Länder 1948 in der Allgemeinen Erklärung  
42 der Menschenrechte der UN gemeinsam geeinigt haben.

43 Die BRD hat eine historische Verantwortung zur bedingungslosen Solidarität mit Israel. Deshalb muss die BRD  
44 sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext gegen Antisemitismus in jeglicher Form einset-  
45 zen. Wie notwendig diese bedingungslose und andauernde Solidarität ist, zeigt sich insbesondere darin, dass  
46 Antisemitismus trotz der Shoah fortbesteht und immer wieder aufflammt.

47 Rolle der BRD in Europa

48 Das Großprojekt einer politischen europäischen Einheit hat sich in den vergangenen Jahren in gefährlicher  
49 Geschwindigkeit in Richtung Scheitern bewegt. Dies zu verhindern muss und wird in mittelfristiger Zukunft  
50 eines der zentralen Themen der europäischen Sozialdemokratie sein.

51 Um sich der Frage nach der Rolle der BRD in der EU zu nähern, müssen die europäische Einheit und ihre Orga-  
52 ne zunächst vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgründe betrachtet werden. Die europäische Integration  
53 war zu deren Beginn in erster Linie ein Friedensprojekt, ursprünglich bestehend aus Wirtschafts- und Handels-  
54 koalitionen, wie etwa der EGKS und der OEEC. Seit der Zuspitzung des Kalten Krieges wurde die europäische  
55 Integration auch zunehmend um über wirtschafts- und handelspolitische Fundamente europäischen Friedens  
56 erweitert, wie die KSZE, später OSZE. Nach dem Ende des kalten Krieges wurde mit dem Vertrag von Maas-  
57 tricht nicht nur die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, sondern zugleich auch eine  
58 gemeinsame Außen-, Sicherheitspolitik sowie eine engere Kooperation der Mitgliedsstaaten in der Innen- und  
59 Justizpolitik beschlossen. Damit wurde auch der Grundstein für die EU als ein über bloße Wirtschafts- und  
60 Handelspartnerschaften hinausgehender Staatenverbund gelegt, welcher den Frieden und die europäische  
61 Integration auch durch gemeinsame Innenpolitik sichert.

62 Eine zentrale Rolle der BRD wird sich darauf beziehen müssen, dass sich diese Entwicklungen hin zu einer  
63 sozialen und solidarischen EU für alle Unionsbürger\*innen fortsetzen. Die BRD hat in wirtschaftlicher Hinsicht  
64 mit am stärksten im Vergleich zu sonstigen Mitgliedsstaaten aus den europäischen Zoll-, Handels-, Wirtschafts-  
65 , und schließlich Währungsunionen profitiert. Gerade für die BRD als eine der wirtschaftlich stärksten Kräfte  
66 dürfen deshalb die eigenen wirtschafts- und finanzpolitische Interessen nicht länger die ideellen Interessen am  
67 Erhalt der EU als politische und friedenssichernde Union überwiegen. Die von der BRD als stärkstem Gläubiger  
68 maßgeblich mit angeordnete strenge Austeritäts- und Sparpolitik muss beendet werden und die EU zu einer  
69 gerechten, sozialen und dadurch stärker von der Bevölkerung akzeptierten Union umgestaltet werden. Ein  
70 Sparzwang in Ländern, in denen es an essentiellen infrastrukturellen und wirtschaftlichen Ressourcen fehlt,  
71 kann langfristig keine Lösung für die europäische Schuldenproblematik sein.

72 Dazu ist insbesondere notwendig, dass die Harmonisierung des Rechts in Bezug auf eine gemeinsame Arbeits-  
73 , Sozial und Rentenpolitik schnellstmöglich vorangetrieben wird. In mittelfristiger Sicht muss darauf hinge-  
74 arbeitet werden, dass eine soziale Grundsicherung, namentlich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs-  
75 minderung, Grundsicherung für Arbeitssuchende und Kindergrundsicherung, auf europäischer Ebene umge-  
76 setzt wird. Im Zuge einer solchen Kompetenzausweitung erfordert die derzeitige finanzielle Struktur der EU-  
77 Länder darüber hinaus, dass entsprechende Umverteilungsmaßnahmen getroffen werden, um der massiven  
78 Ungleichverteilung auf europäischer Ebene effektiv entgegenzuwirken.

79

80 Die deutsche Wirtschaft würde auch weitere Schuldenschnitte für hoch verschuldete EU-Staaten überstehen.  
81 Gerade darum dürfen finanz- und wirtschaftspolitische Eigeninteressen der Bundesrepublik Deutschland nicht  
82 länger Investitionen in die Infrastruktur der finanzschwachen Mitgliedsstaaten entgegenstehen. Etwa die im-  
83 mens hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten, welche einen erheblichen Teil zur aufflammenden an-  
84 tieuropäischen Stimmung in der Bevölkerung beiträgt, kann nicht in absehbarer Zeit durch rigorose Sparpolitik  
85 bekämpft werden. Zur Erreichung einer solchen sozialen und solidarischen Union führt auf lange Sicht kein  
86 Weg an der Aufgabe der wirtschaftlich führenden Rolle der BRD vorbei. Weiterhin muss sich die Bundesregie-  
87 rung in Zukunft unablässig für die EU-weite Vereinbarung einer humanen und solidarischen Asylpolitik und

88 einem Ende der abschottenden Grenzpolitik einsetzen.

89 Ein weiteres zentrales Thema der europäischen Sozialdemokratie muss sein, die EU demokratischer zu gestalten. Dafür muss insbesondere auf eine Einführung des Initiativrechts für das EU-Parlament hingearbeitet werden, zudem ist die derzeitige Stellung von Ministerrat und Rat der EU im Institutionengefüge der EU nicht langfristig tragbar. Im Sinne eines europäischen Staatenverbundes müssen diese zu einer zweiten Kammer umfunktioniert werden, ähnlich wie in üblichen Systemen föderaler Republiken. Teil dieser Entwicklung muss auch eine noch stärkere Anbindung der Kommunen an die europäische Ebene sein. Bestehende Angebote der direkten Rückkopplung zwischen den EU-Bürger\*innen und den EU-Institutionen, wie etwa die oder der Bürgerbeauftragte müssen ausgeweitet werden.

97 In diesen Zeiten der Anspannung der russisch-europäischen Verhältnisse ist es außerdem unerlässlich, eine Stärkung der OSZE in den Fokus der deutschen Europapolitik zu rücken. Ein Ansatz dazu ist, eine allseits ratifizierte Ausweitung der Kompetenzen der OSZE auf Aufklärungs- und Untersuchungsmissionen sowie Wahlbeobachtungen voranzutreiben.

101 Waffenexporte

102 Das Ideal jeder (Außen-)Politik muss eine Welt ohne Waffen sein. Derzeit ist jedoch ein vollständiges Verbot von Waffenexporten nicht mit einer Verantwortung der BRD für die Sicherung von Frieden und den Schutz der Menschenrechte vereinbar. Bestimmte Akteure sind zur Erfüllung genau dieser Zwecke gegebenenfalls auf den Kauf von Rüstungsgütern angewiesen. Die BRD hat insbesondere eine historische Verantwortung zur bedingungslosen Solidarität mit Israel, was im Zweifelsfall die Belieferung mit Rüstungsgütern beinhaltet.

107 In der Vergangenheit hat die Bundesregierung wiederholt Waffenexporte an Akteure genehmigt, die für massive Menschenrechtverletzungen verantwortlich sind, etwa Saudi-Arabien. Für solche Waffenlieferungen können keine Verantwortungsinteressen, sondern vielmehr nur finanzielle und geostrategische Interessen der BRD im Vordergrund stehen. Denn die Unterstützung von Akteuren, die selbst auf unmenschliche und menschenrechtswidrige Weise gegen Zivilist\*innen vorgehen, kann nicht zu einer dauerhaften Sicherung von Frieden und internationalen Durchsetzung und Verteidigung von Menschenrechten beitragen.

113 Für uns Jusos ist es ebenfalls nicht mit einer internationalen menschenrechtlichen Verantwortung der BRD vereinbar, Waffen zu exportieren, deren Verwendungszweck und künftiger Verbleib schon von vorneherein zweifelhaft ist. Dies gilt insbesondere auch für Akteure, die weder staatliches, noch durch Gründungsakt gekorenes Völkerrechtssubjekt sind, da diesen keine ausreichende demokratische Legitimation und damit Verantwortung zugrunde liegen kann. Außerdem sind solche Akteure nur begrenzt durch Völkerrecht verpflichtet.

118 Aus diesem Grund fordern wir, dass Waffenexporte gesetzlich festgelegt nur an originäre staatliche sowie gekorene Völkerrechtssubjekte möglich sind. Außerdem soll die Bundesregierung Waffenexporte nur genehmigen dürfen, wenn die belieferten staatlichen Völkerrechtssubjekte den folgenden Katalog an Standards dauerhaft erfüllen:

122 · Die Staatsgewalt ist aufgrund einer ihr zugrundeliegende Verfassung nur durch demokratische Entscheidung legitimierbar.

124 · Der Schutz aller Menschenrechte im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN ist rechtlich gewährleistet.

126 · Diese Rechte und Prinzipien werden nicht systematisch verletzt und sind vor unabhängigen Gerichten tatsächlich einklagbar durchsetzbar.

128 Gekorene Völkerrechtssubjekte, wie internationale Organisationen, müssen die UN-Menschenrechtserklärung ebenfalls anerkennen und auf deren Schutz sowie internationale Friedenssicherung ausgerichtet sein.

130 Sofern sich aufgrund einer umfassenden Prüfung erhebliche Zweifel daran ergeben, dass diese Voraussetzungen beim zu beliefenden Akteur erfüllt sind, darf der Waffenhandel nicht genehmigt werden.

132 Entwicklungspolitik

133 Die BRD als ehemalige Kolonialmacht und wirtschaftlich sehr starkes Land hat eine gewisse Verantwortung gegenüber den Regionen, die unter dem Kolonialismus gelitten haben und bis heute darunter leiden. Die BRD gehört zu einem der größten Geberländer von Geldern für die Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch lag das

136 2015 für diese Zwecke ausgegebene Geld nur bei 0,52% des BIP, obwohl sich die EU-Mitgliedstaaten darauf  
137 geeinigt hatten bis 2015 mindestens 0,7% des BIP in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Dieses Ziel  
138 hat die BRD (wie die meisten EU-Staaten) deutlich verfehlt, obwohl es unserer Meinung nach immer noch viel  
139 zu niedrig ist. Zumal Ausgaben etwa für Geflüchtete im Inland in diese Zahl miteinberechnet werden, was sie  
140 künstlich erhöht, ohne dass die Entwicklungszusammenarbeit verbessert wird. Deshalb fordern wir, dass die  
141 BRD ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren deutlich erhöht. Des Weiteren  
142 fordern wir, dass bei den in der NATO vereinbarten 2% des Haushalts für Sicherheitspolitik auch Ausgaben für  
143 Friedens- und Entwicklungspolitik berücksichtigt werden. Dies entbindet nicht von der Einhaltung des 0,7%-  
144 Ziels.

145 Die Zusammenarbeit mit den Ländern der globalen Südens muss außerdem effektiver werden. Oft werden  
146 Projekte durchgeführt, die zwar öffentlichkeitswirksam sind, die Entwicklung aber nicht dauerhaft und nach-  
147 haltig fördern. Häufig werden Projekte von ausländischen Expert\*innen geleitet und brechen zusammen,  
148 sobald diese Expert\*innen wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Wir fordern eine effektive, nachhaltige  
149 Entwicklungszusammenarbeit, die die Partnerländer und ihre Bedürfnisse auf Augenhöhe miteinbezieht und  
150 nicht blind westliche Vorstellungen von Entwicklung durchsetzt. Außerdem fordern wir, dass die Mitgliedstaat-  
151 en der EU stärker zusammenarbeiten, um die Dopplung von Projekten zu verhindern.

152 Westliche Unternehmen profitieren noch immer stark von ungleichen Wirtschaftsverträgen mit sog. Entwick-  
153 lungsländern, Rohstoffe werden billig gekauft und arbeitsintensive Produktionsprozesse zum Beispiel in der  
154 Textilindustrie werden in Billiglohnländern ausgelagert, oft kommt es hier zu Kinderarbeit. Wir fordern, dass  
155 die BRD und alle anderen EU-Staaten solchen Prozessen aktiv entgegenwirken. Ebenso dürfen durch die EU  
156 subventionierte Agrarprodukte nicht ins EU-Ausland exportiert und dort unter dem dort üblichen Marktpreis  
157 verkauft werden.

158 Korruption ist noch immer ein globales Problem, unter anderem auch in sogenannten Entwicklungsländern.  
159 Die westliche Welt sollte sich diplomatisch stärker für Korruptionsbekämpfung einsetzen, anstatt die Korrup-  
160 tion durch zweifelhafte Verträge (beispielsweise zur Rohstoffförderung) weiter zu befördern.

161 In Medien, politischer Öffentlichkeit und im Bildungssystem sind Entwicklungspolitik und Entwicklungszusam-  
162 menarbeit ein nachgeordnetes Thema. Wir fordern, dass versucht wird, die Bevölkerung mehr für die Thematik  
163 zu sensibilisieren und sich dabei insbesondere auch mit den Problemen und Kritikpunkten an Entwicklungs-  
164 zusammenarbeit zu beschäftigen. Hierzu gehört zum Beispiel eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ent-  
165 wicklungsbegriff selbst, der oft von einem eurozentrischen Standpunkt aus verstanden wird. Dabei wird Ent-  
166 wicklung häufig mit Industrialisierung und vollständiger Einbindung in das kapitalistische Weltsystem gleich-  
167 gesetzt. Diese wirtschaftliche Definition lehnen wir ab. Entwicklung sollte vielmehr die Garantie der Menschen-  
168 und Grundrechte für jede einzelne Person bedeuten.

169 Die SPD ist eine Partei, die sich für Solidarität, Demokratie und die Menschenrechte einsetzt. Deshalb fordern  
170 wir, dass die BRD sich gegenüber anderen Ländern solidarisch verhält und sich weltweit für Demokratie und  
171 Menschenrechte engagiert, sei es in der EU, den Vereinten Nationen oder der direkten, bilateralen Zusammen-  
172 arbeit mit Ländern des globalen Südens. Diese Zusammenarbeit muss auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht  
173 ausschließlich auf einem eurozentrischen Verständnis von Entwicklung basieren. Wir sprechen uns dafür aus,  
174 dass die BRD sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an den SDGs orientiert ([https://sustainablede-  
175 velopment.un.org/sdgs](https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs)). Wir als Jusos setzen uns nicht nur im nationalen, sondern auch im globalen Rahmen  
176 für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit ein.

177 Bundeswehr

178 Für uns gilt grundsätzlich das Ideal einer Welt ohne Militär, zugleich ist die Welt noch nicht in diesem Ideal-  
179 zustand, daher akzeptieren wir die Existenz von Armeen. Dennoch: Ein militärischer Einsatz kann das letzte  
180 Mittel sein, wenn keine diplomatischen Lösungen möglich sind. Äußerst kritisch beobachten wir die steigende  
181 Anzahl von Kriegen in der Welt. Auch die hohe Zahl von Bundeswehreinmärschen sehen wir kritisch. Auslands-  
182 einmärsche der Bundeswehr dürfen nur unter explizitem Mandat der Vereinten Nationen (UN) stattfinden. Ein  
183 implizites Mandat wie es zurzeit für den Einsatz der Bundeswehr in Syrien genutzt wird, lehnen wir ab. Es ist  
184 eine Errungenschaft der Weltgemeinschaft, dass Staaten nur dann Militäreinsätze außerhalb ihres Hoheitsge-  
185 biets durchführen dürfen, wenn ein explizites Mandat vorliegt. Neben Einsätzen durch ein UN-Mandat halten  
186 wir auch die Landesverteidigung, sowie die Bündnistreue in der NATO für legitime Einsatzgründe. Jedoch sind  
187 Offensiveinsätze der NATO auch nur dann legitim, wenn sie durch ein UN-Mandat gedeckt sind. Grundsätzlich

188 sollte jedoch jeder Einsatz der Bundeswehr vermieden werden. Auch eine Schutzverantwortung (Responsibi-  
189 lity to Protect) bedarf der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates.

190 Mittelfristiges Ziel jungsozialistischer Politik bleibt die Bildung einer Europäischen Armee unter der Kontrolle  
191 des EU-Parlamentes. Dieser Weg ist jedoch nur gangbar, wenn es eine Harmonisierung der Außen- und Sicher-  
192 heitspolitik innerhalb der EU gibt und ein reger Austausch zwischen den nationalen Armeen stattfinden. Dieser  
193 Austausch sollte durch Bildung weiterer bi- und trinationaler Militärverbände wie der Deutsch-Französischen  
194 Brigade stattfinden. Nur so entwickelt sich ein gemeinsames Verständnis darüber, wie eine Armee zu orga-  
195 nisieren ist. Eine Europäische Armee jedoch kann nur dann unterstützt werden, wenn ihr Einsatz ebenso re-  
196 striktiven Auflagen unterliegt, wie der Einsatz der Bundeswehr, denn die militärische Lösung darf auch auf  
197 EU-Ebene nur als Ultima ratio angewandt werden.